

Wiesbadener Tagblatt.

48. Jahrgang.
Erscheint in zwei Ausgaben. — Bezugs-Preis:
durch den Verlag 50 Pfg. monatlich, durch die
Post 1 Mk. 60 Pfg. vierteljährlich für beide
Ausgaben zusammen.

Verlag: Langgasse 27.

17,000 Abonnenten.

Anzeigen-Preis:
Die einseitige Zeitzeile für lokale Anzeigen
15 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg. —
Reclamen die Zeitzeile für Wiesbaden 50 Pfg.,
für Auswärts 75 Pfg.

Anzeigen-Aannahme für die Abend-Ausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr Nachmittags. — Für die Aufnahme später eingereichter Anzeigen zur nächstfolgenden Ausgabe wird keine Gewähr übernommen, jedoch nach Möglichkeit Sorge getragen.

No. 135.

Kernsprecher No. 52.

Mittwoch, den 21. März.

Kernsprecher No. 52.

1900.

Abend-Ausgabe.

Für das 2. Quartal 1900

auf das

„Wiesbadener Tagblatt“

zu abonnieren, findet sich Gelegenheit im Verlag Langgasse 27, bei den Ausgabestellen, den Zweig-Expeditionen in den Nachbarorten und sämtlichen deutschen Reichspostanstalten.

Das Reichsversicherungsgesetz.

dessen Entwurf soeben dem Bundesrath zugegangen ist, spielt in der deutschen Gesetzgebung die Rolle des „Mädchens aus der Fremde“. Seit einigen Jahrzehnten erscheint dieses Gesetz „mit jedem jungen Jahr, sobald die ersten Vertheilungsschritten“, in den Spalten der offiziellen Organe, um, bevor es zur Wirklichkeit wird, unter den bekannten „grünen Tisch“ zu fallen — „und schnell war seine Spur verloren, sobald das Mädchen Abschied nahm!“ Schon die Verfassung des Deutschen Reiches stellte in Artikel 4 die reichsgesetzliche Regelung des Versicherungswesens in Aussicht. Seitdem sind wiederholt Versuche gemacht worden, diese Gesetzgebungsmaterie in Angriff zu nehmen, und verschiedene Gesetzentwürfe haben bereits das Licht der Welt erblickt, um ihm ebenso schnell entzogen zu werden. Im Laufe dieser Versuche wurde das Ziel, welches man sich ursprünglich gesteckt hatte, erheblich tiefer gerückt. Aus dem Reichsversicherungsgesetz, welches die Verfassung angekündigt hatte, wurde infolge des Widerspruchs mehrerer Bundesregierungen allmählich ein Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmen, und auch auf diesem beschränkten Gebiet beugte man sich damit, zunächst die öffentlich-rechtliche Seite des Versicherungswesens zu regeln.

Wenn diese Gesetzgebungsarbeit trotz der Abneigung einzelner Regierungen dagegen, auf diesem Gebiet die staatsgesetzliche Regelung durch die reichsgesetzliche abzuweisen zu lassen, endlich doch in Fluss gekommen ist, so liegt dies an der allgemein verbreiteten Erkenntnis, daß der jetzige Zustand der gesetzlichen Regelung des Versicherungswesens absolut unhaltbar ist. Die jetzige landesgesetzliche Regelung weist eine Unvollständigkeit auf, die bei der Ausbreitung der Thätigkeit dieser Versicherungsgesellschaften über das ganze Reich als unerträglich empfunden werden muß. Nicht nur in den verschiedenen Staaten, sondern selbst in den Provinzen einzelner Staaten herrscht eine trostlose Mannigfaltigkeit der gesetzlichen Vorschriften, die Irrthümern und Benachtheiligungen Thür und Thor öffnet. Für einen großen Theil der Versicherungsmaterie aber fehlt es überhaupt an praktisch brauchbaren gesetzlichen Normen.

Der letzte Entwurf eines Gesetzes über die Beaufsichtigung der Privatversicherungsanstalten — auf den Namen Reichsversicherungsgesetz hat dies engbegrenzte gesetzgeberische Vorhaben thatsächlich keinen Anspruch — wurde zu Ende des Jahres 1898 veröffentlicht. Eine Anzahl Bestimmungen des Entwurfes stieß jedoch in den betheiligten Kreisen auf lebhaften Widerstand, so daß die Vorlage alsbald, ebenso wie die früheren Entwürfe, spurlos in der Versenkung entschwand. Der jetzt dem Bundesrath zugegangene Gesetzentwurf stellt sich als eine Umarbeitung des im Jahre 1898 veröffentlichten Entwurfes dar. Aus dem theilweise verzapften offiziellen Mittheilungen läßt sich mit Hilfe von Rückschlüssen auf die früheren Gesetzentwürfe einigermaßen feststellen, welches die Grundsätze und der hauptsächlichste Inhalt des Gesetzentwurfes sind.

Der Entwurf beschränkt sich, wie schon erwähnt, auf die privaten Versicherungsunternehmen, während die auf Grund landesrechtlicher Bestimmungen errichteten öffentlichen Versicherungsanstalten nicht unter das Gesetz fallen. Dagegen fallen unter dieses selbstverständlich die auf Gegenseitigkeit beruhenden Versicherungsvereine, deren Bedeutung sich offenbar in aufsteigender Linie befindet und die bisher fast ganz einer gesetzlichen Regelung entbehren. Der Gesetzentwurf behandelt nur die öffentlich-rechtlichen Verhältnisse der Privatversicherungsanstalten; die privatrechtliche Materie ist einem besonderen Gesetz vorbehalten und hier nur so weit berührt worden, als dies durch den Zusammenhang mit dem öffentlichen Recht geboten war.

Der Gesetzentwurf baut sich auf zwei Grundfragen auf, die mit einander in engem Zusammenhang stehen, auf den Grundfragen der Konzessionierung und der Staatsaufsicht. Zwar über die Einzelstaaten schon bisher den Privatgesellschaften gegenüber das Recht der Konzessionierung aus und sie hatten sich das Aufsichtrecht vorbehalten. Aber das Konzessionsrecht, wie es bisher ausgeübt wurde, hatte zu manigfachen Mißständen geführt und von dem Aufsichtrecht wurde nur in verschwindendem Maße Gebrauch gemacht. Nach dem jetzt dem Bundesrath vorliegenden Gesetzentwurf erfolgt die Zulassung zum Geschäftsbetrieb für den ganzen Umfang des Reiches, sobald die Versicherungsunternehmen nicht mehr mit den mannigfaltigen Vorschriften in den ein-

zelnen Bundesstaaten zu rechnen brauchen. Die Konzessionierung erfolgt unabhängig von der Bedürfnisfrage, und sie darf nur bei mangelnder Sicherheit und bei Bedenken gegen die Zwecke des Unternehmens versagt werden. Diese Freiheit des Versicherungsbetriebes ist jedoch unbedenklich, da der Entwurf einschneidende Vorschriften in Bezug auf die finanziellen Unterlagen und die Leitung der Versicherungsunternehmen trifft.

Von noch größerer materieller Bedeutung als die Konzessionserteilung aber ist die eingehende Aufsicht, unter die der Entwurf die Versicherungsunternehmen stellt. Diese Aufsicht beschränkt sich nicht darauf, die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu kontrollieren, sondern es ist eine dauernde Kontrolle des gesamten Geschäftsbetriebes vorgesehen. Während die Aufsicht über jene kleineren Versicherungsanstalten, deren Thätigkeit sich auf das Gebiet eines Bundesstaates beschränkt, bei den Behörden desselben verbleiben soll, wird die Aufsicht über die größeren Anstalten, die über das Gebiet eines Bundesstaates hinausreichen, dem Reich übertragen, und zwar steht der Entwurf zu diesem Zweck die Schaffung einer Reichsbehörde vor. Dringend wünschenswerth wäre die rechtzeitige Veröffentlichung des Entwurfes, damit die fachmännischen Kreise ihre Anschauungen und Wünsche zur Geltung bringen. Dr. P.

Deutsches Reich.

Das Centrum.

Man kann nur wiederholen: Die sinnlose Wuth des Centrums über die in der vorigen Woche erlittene Niederlage wird keine anderen Folgen haben und haben können, als daß diese Herrschaften eben weiter ihre Wuth in ebenso tönenden wie unschädlichen Schimpfworten austoben. Es ist kein Gedanke an eine Aenderung der Geschäftsordnung, es ist auch kein Gedanke an die Durchsetzung der lex Heinze. Daß das Centrum sich in die Lage nicht schicken will, läßt sich verstehen. Daß es aber leere Drohungen ansieht, denen keine That folgen kann, spricht neben manchem Anderen für eine Directionslosigkeit, deren Enthüllung mit zu den angenehmsten Erscheinungen in dieser Komödie der ohnmächtigen Verlegenheit gehört. Man braucht vor Herrn Dr. Lieber keinen übertriebenen Respekt zu haben, und man darf doch sagen, daß die Dinge wahrscheinlich nicht so ungünstig für das Centrum verlaufen wären, wenn er auf dem Posten hätte sein können.

Zur Obstruktion und lex Heinze.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt über die parlamentarische Lage:

Die Verhandlungen des Reichstags nehmen unter der jetzigen apparatusativ-ultramontanen Führerschaft einen Verlauf, der dem Ansehen der deutschen Volkvertretung den schwersten Abbruch thut. In es schon im hohen Grade beklagenswerth, daß das Niveau der Reden auf die Leistungen eines Dr. Hahn, Dr. Dertel, Biedermann v. Sonnberg, Dr. Arendt, Dörsch und Stadthagen gesunken ist, so haben die Ausschreitungen der letzten Tage leider noch mehr in Vordergrund gerückt, wie sehr unter dem Druck der politischen Leidenschaften auch die anständigen Umgangsformen in die Brüche gegangen sind. Wir müßten leider feststellen, daß in dieser Hinsicht gerade die Konservativen es gewesen sind, die in den letzten Jahren immer mehr und mehr durch unhöfliche und ungezogene Unterbrechungen zur Verschlechterung des parlamentarischen Tones beigetragen haben. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß selbst der Graf Caprivi und im Abgeordnetenhaus der Handelsminister sich über solche Ungezogenheiten auf der Rechten öffentlich belagern mußten. An einer andern Stelle heißt es: „Schließlich drohte sogar der sich nicht gerade durch seinen Takt auszeichnende Abgeordnete Groeber mit einer Aenderung der Geschäftsordnung, und diese Drohung war um so anfechtender und ungeheurer, weil sie von einem deutschen Richter und von dem Mitglied einer Fraktion ausging, die in früheren Jahren als parlamentarische Minderheit aufs Ausgezeichnete den Schutz der Geschäftsordnung für sich ausgenußt hatte. In der That liegt für eine solche Aenderung der Geschäftsordnung nicht der allgeringste Grund vor.“

Die Bagdabbahn.

Ueber eine schwere Bedrohung der deutschen Bagdabbahn-Gesellschaft durch russische Machenschaften in Konstantinopel kommen von verschiedenen Seiten Nachrichten, die wegen ihres Ursprungs Beachtung verdienen. Nach einer Petersburger Meldung der Londoner „Daily Chronicle“ hat Rußland die vollkommene Sicherheit erlangt, daß seine Forderungen hinsichtlich der kleinasiatischen Eisenbahnen vom Sultan zugestanden werden würden; alle Versuche der Pforte, die Unterhandlungen zu verschleppen, wurden mit der ersten Drohung beantwortet, daß Rußland gezwungen sein würde, sein Interessengebiet in Kleinasien durch militärische Maßnahmen sicherzustellen, falls seinen Forderungen nicht unverzüglich Folge geleistet würde. Unterstützt und ergänzt werden diese Angaben durch eine bemerkenswerthe Konstantinopeler Korrespondenz der Berliner „Neuesten Nachrichten“, in der aufmerksam gemacht wird auf russische Intrigen zur Behinderung des Zustandekommens der Bagdabbahn. Was der Gewährsmann des genannten Blattes mitzutheilen weiß, macht einen bedauerlich glaubhaften Eindruck. Die Bagdabbahn war überhaupt noch niemals gesichert, denn ihre Verwirklichung hing und hängt davon ab, daß die Pfortenregierung einen bedeutenden Zuschuß leistet, da eine Ver-

zinsung des deutscherseits hineinzusteckenden Anlagelapitals bei der geringen wirtschaftlichen Entwicklung der in Betracht kommenden Gebiete eben nur unter der Voraussetzung solcher Zuschüsse möglich wäre. Es sollen Beträge von 8- bis 10,000 Mark für das Kilometer beantragt werden, und wie denn also jetzt berichtet wird, steht die russische Diplomatie alle ihre Nachmittel in Bewegung, um die Zahlung dieses Zuschusses zu verhindern. Gelänge die Durchkreuzung, so könnte die Bagdabbahn nicht gebaut werden, und die Konzession bliebe ein werthloses Stück Papier. Man sieht, daß hier der deutschen Staatskunst eine ungemein schwierige Aufgabe erwächst. Die Sache erhält ihre ganze Bedeutung erst durch die Verbindung, in die diese Angelegenheit mit den sonstigen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen tritt. Augenblicklich ist die Diplomatie aller Großmächte zur Stunde in einer Bewegung begriffen, deren Wellenschläge nirgends in einseitiger Richtung verlaufen. Es ist ein großes Intriguieren von Jedem gegen Jeden im Gange. Bald bemüht man sich in Paris, Mißtrauen zwischen Berlin und London zu stiften, bald warten englische Blätter mit Nachrichten auf, mit denen der deutschen Regierung allerlei dunkle Pläne angedeutet werden. Jetzt kommt eine, in Umrissen schon längst erkennbar gewesene Aktion Rußlands in Asien hinzu, eine weitangelegte Thätigkeit, die freilich zunächst gegen England gerichtet ist, die aber auch, wie diese Bagdabbahn-Geschichte zeigt, ihre Spitze gegen die deutschen Interessen kehren kann. Vielleicht war es ein Fehler, die offizielle Politik des Deutschen Reiches sofort und mit starker Betonung in den Dienst der Bagdabbahn-Gesellschaft zu stellen. Die russische Gegnerschaft wäre allerdings auch bei Vermeidung dieses Fehlers lebendig geworden, aber die Hereinziehung der Reichspolitik als solcher hätte sich unter Umständen eher vermeiden lassen, wenn zunächst nur eine Privatgesellschaft Schwierigkeiten der deutschen Diplomatie erwachsen. Man sieht im Uebrigen aus der Wendung, die den deutschen Unternehmungen in Vorderasien droht, was von den anfänglichen Versicherungen zu halten ist, wonach Rußland mit der Konzessionierung der Bagdabbahn bestens einverstanden war, weil der englische Wettbewerb hier aus dem Feld geschlagen werden konnte. Auf der anderen Seite bleibt indessen zu berücksichtigen, daß die deutsche Position so leicht nicht erschüttert werden kann, da das Trabe des Sultans, wenn es vielleicht auch deutscherseits nicht nutzbar zu machen ist, jedenfalls verhindert, daß eine andere Macht an die deutsche Stelle tritt. Entweder wird die Bagdabbahn unter deutscher Leitung gebaut, oder sie wird überhaupt nicht gebaut. Somit kann deutscherseits wohl viel verloren werden, aber die Einbuße kann Niemandem sonst zu Gute kommen.

* Berlin, 21. März. Anlässlich der Jubelfeier der preussischen Akademie der Wissenschaften fand gestern Vormittag 10 Uhr im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses ein glänzender Festakt statt, welchem außer der Akademie und ihren Gästen der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, die Minister Staudt, v. Rheinbaben und Schönstedt, Staatssekretär Tirpitz, zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Corps und andere hohe Persönlichkeiten beizuwohnten. Die Festrede wurde eröffnet mit einer Ansprache des vorsitzenden Sekretärs Professor Wahlen. Hierauf hielt Professor Harnack die Festrede. Nach derselben folgte der Empfang der Abordnungen, die in vier Gruppen gegliedert waren. Nach einer Reihe von Reden wurde die Feier durch den vorsitzenden Sekretär geschlossen.

Zu der von den Vertretern der Berliner Kaufmannschaft am letzten Sonntag veranstalteten Protokollversammlung gegen das Fleischverbot sind nachträglich noch einige Bestimmungen-Erklärungen eingegangen. Darnach sind von insgesamt 145 deutschen Handelskammern, kaufmännischen Korporationen und ähnlichen Körperschaften öffentlichen Charakters 43 in der Versammlung persönlich vertreten gewesen und 86 haben sich schriftlich oder telegraphisch dem Protest angeschlossen. Die gefasste Resolution ist sofort dem Reichskanzler übermittelt worden.

In Bezug auf die zahnärztliche Behandlung von Krankenkassen-Mitgliedern liegt eine Aenderung des Ministers für Handel und Gewerbe vor, die der Berliner Wirtschaftlichen zahnärztlichen Vereinigung unter dem 2. März d. J. zugeht und besagt: „Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat dahin entschieden, daß die Krankenkassen auch bei Zahnkrankheiten verpflichtet sind, die Heilbehandlung der Kassenmitglieder durch approbirt zahnärztliche Vornehmungen zu lassen. Eine Ausnahme hiervon ist nur dann zulässig, wenn das erkrankte Mitglied sich mit der Behandlung durch eine nicht approbirt Person (Zahn-techniker) einverstanden erklärt.“

Unter den 665,018 Todesfällen, die sich 1898 in Preußen ereigneten, befanden sich nur 12, die durch die Pocken veranlaßt sind.

* Krupp und Stumm. Ein einem Gewährsmann der „Frei. Zig.“ seit Jahren bekannter Großindustrieller, Konkurrent von Krupp, der sich in letzter Zeit von diesem losgelöst, theilte auf einer Reise in den letzten Tagen dem erstere Folgendes mit: In der Budgetkommission des Reichstags hat man den Geschäftsgewinn der Firma Krupp aus den Lieferungen für das Reich noch viel zu gering geschätzt. Vor einiger Zeit lieferte Krupp Rohre zu Feldgeschützen mit 4800 Mk. Die Konkurrenz erhielt dann einen Auftrag für die gleiche Sorte mit 1900 Mk. Darauf legte Krupp seinen Preis von 4800 auf 1900 herab. Granaten liefert Krupp mit 850 Mk., die Konkurrenz hat sie mit 5 Mk. geliefert. Es ist ein Irrthum, daß Krupp allein Adelshafn für die Flotte liefern könne. Die Fabrikationsmethode ist kein Geheimniß und stammt aus Frankreich. Jeder intelligente Fabrikant kennt die Methode. Wenn nur eine Konkurrenz geschaffen würde für Krupp und Stumm, so könnte der Bedarf um die Hälfte billiger gegen den an Krupp gezahlten Preis gedeckt werden. Aber das Reichsministerium stellt Bedingungen, welche das Aufkommen einer Konkurrenz unmöglich

mischen. So verlange das Reichsmarineamt die Einrichtung eines Schießplatzes in Proben in demselben Umfang, wie der Krupp'sche Schießplatz. Der letztere aber ist der Firma Krupp vom Staat gegen eine Pachtsumme überlassen worden. Diese Einrichtung für Schießproben verlange für 24 Centimetergeschütze 2-3 Millionen, für 15 Centimetergeschütze 300,000 M. Ohne bestimmte Zusicherung der Regierung kann niemand so große Summen von vornherein riskieren. Stumm macht selbst wenig Nickelstahl, aber er wird von Krupp mit hohen Summen für die Unterlassung einer Konkurrenz abgefunden. Würde die Regierung sich mit einem oder mehreren Fabrikanten in Verbindung legen und dieselben mit Aufträgen versehen, bezog für den Anfang mit Kapital unterstützen, so könnten den Steuerzahlern viele Tausend Millionen erspart werden, die jetzt in die Taschen von Krupp fließen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. März.

Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats, Etat für Einführung des Checkverkehrs. Die Kommission hat folgenden Beschluß gefaßt: 1. Ist die vorläufige Neuregelung des Verkehrs in Gestalt eines besonderen § 8 in das Staatsgesetz aufgenommen, also dem bloßen Ermessen der Verwaltung entzogen; 2. Sind einerseits die Gebühren, andererseits die Verzinsung der Check-Einlagen vollständig gestrichen worden, demgemäß hat auch der Einnahme- und Ausgabeetat in diesem Etat eine starke Reduktion gefunden. — Abg. v. Brockhausen (kons.) erklärt, in der vorliegenden Form habe der Post-Checkverkehr auch die Zustimmung seiner Freunde gefunden. Seine wesentlichen Bedenken seien dadurch beseitigt worden, daß die Verzinsung der Einlagen in den Fällen des Post-Checkverkehrs aufgehoben sei. Er empfehle die Beschlüsse der Kommission dem Hause zur Annahme. — Abg. Singer (soc.) bemerkt, seine Freunde fründen dem Grundgedanken der Vorlage sympathisch gegenüber. Allerdings habe er das Bedenken, daß der Checkverkehr sich nicht zu dem gewünschten Maße entwickeln werde, nachdem man die Zinslosigkeit der Einlagen beschlossen habe. Wenn sich, wie vorauszusehen sei, der Post-Checkverkehr nicht nach Wunsch entwickle, dann möge sich der Herr Staatssekretär dafür bei der Rechten bedanken. Schließlich werde man doch wohl dazu greifen müssen, die Einlagen zu verzinsen. — Abg. Gamp (Reichsp.) versichert, daß er mit seinen Freunden durchaus einverstanden sei mit den Beschlüssen der Kommission, insbesondere mit dem Wegfall der Gebühren. Nicht einverstanden sei er aber mit dem völligen Wegfall der Verzinsung der Einlagen und auch damit nicht, daß die Aktiv-Saldos aus dem Checkverkehr der Reichsbank zugunsten seien. Deshalb diese Beschlüsse? Deshalb nicht an jede beliebige Bank, die in Bezug auf den offerierten Zinsfuß die Reichsbank übersteigt? — Abg. Müller-Sagan (freis. Volksp.) hebt den Beschlüssen der Kommission freundlich gegenüber, insbesondere der Gebührenfreiheit und der Zinslosigkeit, durch welche jede Gefahr einer Etablierung von Postsparkassen ausgeschlossen werde. — Abg. Köfke-Kaiserlautern (Bund der Landw.) hat trotz der von der Kommission gefaßten Beschlüsse noch verschiedene Bedenken. Die Abführung der Ueberschüsse an die Reichsbank bedeute eine bedauerliche Centralisierung des Depositenverkehrs zum Nachteil der kleinen und mittleren Leute, von denen das Geld komme. — Staatssekretär Bodbielski freut sich, wie die Kommissionsverhandlungen bewiesen hätten, daß mit dem Post-Checkverkehr keinerlei Einführung der Post-Sparkassen beabsichtigt sei; ebenso freue er sich, daß durch die Erfahrungen in Oesterreich bewiesen sei, daß der Post-Checkverkehr keine Gefahr für die Genossenschaften in sich birge. Daß die Verzinsung der Einlagen ganz abgelehnt sei, bedauere er, er hätte sich aber kompetenten Sachverständigen gefügt. Die sich der Bundesrat zu den Kommissionsbeschlüssen stellen werde, sei noch nicht voranzusehen. Infolge des Checkverkehrs werde sich voraussichtlich ein Einnahmehausfall bei den Postanweisungen ergeben. — Abg. Raab (Antik.) kann sich von den Beschlüssen der Kommission nichts Segensreiches versprechen. Er befürchte sogar, es werde daraus für die kleinen Gewerbetreibenden eine unheilbare Verpfändung entstehen. Jeden Gewerbetreibenden, der noch etwas darstellen wolle, werde man zwingen, bei der Post mindestens 100 M. zinslos einzulegen. Auf diese Weise würden den kleinen Gewerbetreibenden mindestens 10 Millionen Mark entzogen. — Abg. Arndt (Reichsp.) erklärt in dem Checkverkehr einen erheblichen Fortschritt. Die Bedenken wegen Abführung der Ueberschüsse an die Reichsbank könne er nicht theilen. Doch es sich hier um eine Centralisierung des Depositenverkehrs handle, wie der Abg. Köfke behauptete, könne er, Redner, nicht anerkennen. Er erwidere vielmehr in diesem ganzen Checkverkehr wesentlich eine Reform des Postanweisungs-Verkehrs. Redner geht noch zu erwidern, ob nicht die Grenze der Einlagen noch tiefer als 100 M., etwa auf 50 M. gegriffen werden könne. — Abg. Dasbach (Centr.) ersucht den Staatssekretär dringend, nicht etwa später Versuche zu machen, die Verzinsung der Check-Einlagen noch nachträglich einzuführen. — Abg. v. Staudy (kons.) erklärt, seine Freunde würden den Kommissionsbeschlüssen zustimmen. Bedenken hätten sie gegen die Abführung der Ueberschüsse an die Reichsbank. Der Etat für den Postverkehr wird sodann genehmigt, ebenso der Etat des Invalidentfonds, nachdem Abg. Gamp (Reichsp.) der Regierung dafür gedankt, daß jetzt auch Mittel des Fonds der Centralgenossenschaftskasse zur Verfügung gestellt würden und nachdem Abg. Bachem (Centr.) eine Erhöhung der Pensionen für anempfiehlt. Es folgt der Rest des Kolonial-Etats, zunächst die Forderungen für die ostafrikanischen Bahnen. Die Forderung für die Lambara-Bahn wird nach dem Antrag der Kommission genehmigt. Die Summe von 120,000 M. für Vorarbeiten zur Centralbahn hat die Kommission gestrichen und nur 20,000 M. für eine Telegraphen-Linie bewilligt. Abg. Dasbach (Centrum)

empfiehlt den Beschluß der Kommission. — Abg. Haffe (nat.-lib.) beantragt die Kosten der Vorarbeiten zu bewilligen. — Kolonial-Direktor v. Bucha bittet ebenfalls um Bewilligung. — Abgeordneter Richter (freis. Volksp.) wünscht Annahme des Kommissions-Beschlusses. In Deutschland selbst frage man bei jedem Bahnprojekt nach seinen vorläufigen Nutzen. Eine solche Bahn aber mit so großen Ausfällen würde in Deutschland niemals bewilligt werden. — Abg. Graf Stolberg (kons.) ersucht den Kolonial-Direktor, für das nächste Jahr einen vollständig neuen Plan für diese Bahn vorzulegen. — Abg. Gräber (Centr.) erklärt, seine Freunde wollten sich vollständig freie Hand behalten. — Abg. Graf Arnim (Reichsp.) bedauert den Beschluß der Kommission. — Abg. Dasbach (Centr.) bedauert noch die Mangelhaftigkeit der Unterlagen für die Bahn. Der Kommissions-Antrag wird nunmehr angenommen. Morgen 1 Uhr: Fortsetzung der Etatsberatung, dann Patent-Anwalte-Geseg. Schluß 7 Uhr.

Ausland.

* Oesterreich-Ungarn. Die Trauung der Kronprinzessin Stephanie findet am Donnerstag Vormittag 10 Uhr in der Schloßkapelle zu Miramare statt. Dann begibt sich das junge Paar nach der Riviera. * Frankreich. Wie amtlich gemeldet wird, hat der General-Gouverneur von Indo-China den König von Cambodscha, den König von Anam und zwei andere eingeborene Könige bestimmt, im Sommer die Pariser Weltausstellung zu besuchen.

Der Krieg in Südafrika.

hd. London, 21. März. Das Kriegsamt veröffentlicht folgendes Telegramm des Lord Roberts aus Bloemfontein vom 20. März 1 Uhr 20 Minuten Nachts: Lord Kitchener hat Pretoria ohne Widerstand besetzt. Die Rebellen legten ihre Waffen nieder und die Transvaal-Bürger retteten sich auf die andere Seite des Flusses. Präsident Steyn läßt durch Spezial-Couriere einen Aufruf erteilen, in welchem er als Antwort auf die Aufforderung des Lord Roberts alle Bürger, welche die Waffen niederlegen, als Verräther bezeichne. Die Bevölkerung von Bloemfontein unterstützt aus auf das Beste in der Organisation von Spitalern. Mit ihrer Hilfe haben wir bereits 500 Betten zusammenbringen können. Bei Pretoria machten wir 31 Gefangene und erbeuteten eine Anzahl Waffen, Munition und Sprengstoffe. Die Buren haben begonnen, sich an die Grenze des Basutoland zurückzuziehen.

hd. London, 21. März. Aus Bloemfontein wird vom 20. d. M. gemeldet: Man berichtet, daß neuerdings eine große Anzahl Burenkommandos den Busch aufgedrückt haben, sich zu ergeben. Die englischen Behörden treffen Maßregeln, um den Buren in den östlichen und südwestlichen Distrikten den Inhalt der Proklamation Lord Roberts mitzutheilen. Ueberall haben uns die Bürger versprochen, die Waffen niederzulegen und den Unterwerfungseid zu unterzeichnen. Weiter wird berichtet, daß der Fruchtverkehr nach Kapstadt wiederhergestellt ist. — Die Times veröffentlichen folgendes Telegramm aus Kapstadt vom 19. März: Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß Mafeking in einigen Tagen entsetzt wird, da General Buller bereits bis Mafani vorgedrungen ist.

hd. London, 21. März. Die hier eingetroffenen Berichte Lord Roberts über die verschiedenen Gefechte bei Stormberg und Magersfontein sind für die Generale Gatacre und Methuen so belästend, daß die Anweisung derselben sich aufdrängt. Eine diebezügliche ministerielle Verfügung wird für die nächste Zukunft erwartet.

hd. London, 20. März. Wie die hiesigen Blätter zu berichten wissen, ist Lord Kitchener mit einem bedeutenden Armeecorps von Mafeking unterwegs. Von dort wird Lord Kitchener direkt nach Pretoria marschieren. Die Entfernung zwischen Mafeking und Pretoria beträgt nur 120 englische Meilen und das zu durchzuziehende Gebiet eignet sich ganz besonders für das Vordringen Kitcheners. General Buller wird die Buren an der Natalgrenze zurückhalten, während Lord Roberts dann seinen Einfall in Transvaal beginnen wird.

hd. Berlin, 21. März. Nach einer Meldung aus London telegraphierte Lord Roberts an das Kriegsamt: In ihrer Antwort auf seinen Protest gegen den verächtlichen Gebrauch der weißen Flagge durch die Buren bei Bloemfontein erklärten die Präsidenten Krüger und Steyn, daß sich keine derartigen Dinge ereignen hätten, während sich die britischen Truppen dieses völlerrechtswidrigen Vergehens schuldig gemacht hätten. Was den Gebrauch von Explosivgeschossen betreffe, so handle es sich um erbeutete englische Munition. Lord Roberts will die Verhandlungen abbrechen.

hd. London, 21. März. Aus Pretoria wird vom 19. telegraphirt: Folgende amtliche Meldung ist in der vergangenen Nacht angeschlagen worden: Am 14. März überschritten die Kaffern neuerdings die Grenze und haben mit 36 Jünglingen in dem Distrikt von Marisa. Wir verfolgen dieselben, und nachdem wir sie eingeholt hatten, entspann sich ein Gefecht, bei welchem drei Kaffern getödtet wurden. Unsererseits sind keine Verletzungen zu verzeichnen.

hd. Berlin, 20. März. Nach einem Telegramm aus London melden Depeschen aus Washington: Die Möglichkeit einer Herstellung der Johannesburg-Goldminen durch die Buren sei gestern Gegenstand einer Konferenz des deutschen Botschafters v. Holleben mit dem Staatssekretär Hay gewesen. In Washington werde angenommen, Deutschland beabsichtige von den beiden kriegführenden

Parteien Garantien zu verlangen, daß Johannesburg nicht als Operationsbasis benutzt würde, damit die Eventualität der schweren Schädigungen Deutschlands und anderer auswärtigen Interessen vermieden werde. In den dem hiesigen auswärtigen Amt nahe liegenden Kreisen ist dagegen die Ansicht verbreitet, Deutschland und Frankreich würden zum Schutz ihrer in Johannesburg auf dem Spiel stehenden Interessen durch ihre Vertreter in Pretoria energische Vorstellungen bei der Transvaal-Regierung erheben lassen.

hd. Berlin, 21. März. Das „Kleine Journal“ meldet aus Paris: Der französische Konsul in Pretoria wurde angewiesen, nachdrücklich für die absolute Sicherheit der Goldminen Sorge zu tragen. Die bevorstehende Konferenz Dr. Leyds mit dem Ministerspräsidenten Delcaffé betrifft vornehmlich diese Frage.

hd. London, 20. März. Die Gemahlin Lord Roberts, welche sich nach Südafrika eingeschifft hat, ist von ihren Töchtern begleitet und wird sich sofort nach ihrer Ankunft nach dem Zugelasse begeben, um dort das Grab ihres bei Colenso gefallenen Sohnes zu besuchen. Niedam wird sie zu ihrem Gemahl reisen.

hd. Brüssel, 20. März. Die Behörde hat wegen der Anwerbung belgischer junger Leute durch englische Werbe-Agenten eine Untersuchung eingeleitet.

Aus Stadt und Land.

Wiesbaden, 21. März.

— Parival-Konzert. In der Vorannonce für das morgige letzte Symphonie-Konzert im Königl. Theater sind irrthümlich einfache Preise verzeichnet, während dasselbe bei hohen Preisen stattfinden wird.

— Festens-Theater. „Die goldene Spinn“, der Schönthaus'sche Schwan, hat am Sonntag vor gut besetztem Hause so gefallen, daß auch morgen, Donnerstag, das heitere Stück gewiß vielen Besuchern eine willkommene Gabe sein wird. Am Freitag erhebt „Die Dame von Maxim“, die noch nichts von ihrer Jugkraft eingebüßt hat. In „Wenn wir Todten erwachen“, dem stimmungsvollen dramatischen Epilog des norwegischen Reisters Jbsen, spielen neben Herrn Dönnar die Hauptrollen die Damen Fräulein Kollend, Fräulein Schenk und Herr Schulte.

— Volksvorstellung. Sonntag Nachmittag 3 Uhr wird im Residenz-Theater „Der Probefandant“ als Volksvorstellung zu den bekannten ermäßigten Preisen (25 Pf. bis 1 M.) in Szene gehen. Die Karten werden in der bisher üblichen Weise abgegeben. Die Vermittlungsstellen sind: Konfirmanden-Gesellschaft von Diefenbach, Langgasse 36 („Kaufmännischer Verein“), Frau Spies, Sellmuthstraße 36 („Krankenpflege für Frauen und Jungfrauen“), Schreinermeister Maurer, Leonoreustraße 9 (Gewerkschaft), und von Freitag Früh ab die schon mehrfach erwähnten Buchhandlungen. An der Theaterkasse sind die Karten nur am Sonntag erhältlich.

— Volksvorlesungen. Am letzten Samstag schloß Herr Oberlehrer Pagenstecher seine interessanten Vorträge über die große französische Revolution. Der Vortragende hat es in ganz besonderer Weise verstanden, fesselnd und allgemeiner verständlich dieses Thema zu behandeln. Es sei ihm deshalb auch hier der Dank der Zuhörer und des Volksbildungvereins ausgesprochen. — Nächsten Freitag Abend, 8 1/2 Uhr, wird Herr Dr. Brod'ing im Anschluß an die eben besprochenen Vorträge über den Staatsstreik des 18. Brumaire (9. November 1799) sprechen, und es sei schon jetzt auf diesen sehr interessanten Vortrag hingewiesen.

— Kirchliches. Die erste heilige Kommunion wurde von den Kindern der hiesigen katholischen Gemeinde bisher im letzten Jahre des Schulbesuchs empfangen. Erst seit einigen Jahren ist es gelungen, die Schwierigkeiten, die sich der Ausübung der Vorbereitung des Bischofs Peter Wilm vom Jahre 1868, daß die erste heilige Kommunion nicht bis zur Entlassung aus der Schule verschoben, sondern wenn möglich zwei Jahre, mindestens aber ein Jahr vorher empfangen werden soll, zu beseitigen und die Vorbereitung kann nunmehr auch hier ausgeführt werden. Selbstverständlich feiern die Kinder nur einmal weißen Sonntag. Aus dem früheren Termine entstehen also den Eltern nicht etwa doppelte Kosten.

— Schulnachrichten. Der Lehrerverein Wiesbaden-Land hält am nächsten Sonntag im Saale der Moinager Bierhalle in Wiesbaden seine erste diesjährige Versammlung ab. Für dieselbe hat Herr Lehrer Gombel zu Koppenheim einen Vortrag übernommen. — Die diesjährige Hauptversammlung des Allgemeinen Lehrervereins im Regierungsbezirk Wiesbaden wird am Dienstag und Mittwoch nach Oftern in Montabaur abgehalten. Für die am Mittwoch tagende Hauptversammlung sind zwei Vorträge vorgesehen: „Die körperliche Züchtigung in der Volksschule“ und „Die Bedeutung einer geheizten Volksschule für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Volkes“. Referenten sind die Herren Mittelschullehrer Gehard und Klein aus Wiesbaden.

— Landwirtschaftliches Institut zu Hof Geisberg. Zu der diesjährigen Schulprüfung der Zoologie am Landwirtschaftlichen Institut zu Hof Geisberg hatte sich eine außergewöhnliche Anzahl von Gästen eingefunden. Es waren u. A. erschienen: Se. Excellenz der Herr Oberpräsident Graf Zedlitz-Trübschler, Herr Regierungspräsident Dr. Wengel, Herr Vandesdirektor Sartorius, die Herren Polizeipräsident v. Mülling-Franfurt a. M. und Polizeipräsident Prinz Ratibor hier, letzterer in Begleitung seines Bruders, des regierenden Herzogs von Ratibor, sowie die meisten der Herren Landräthe des Regierungsbezirks, die Kuratoriumsmitglieder, ein Theil der Mitglieder der Landwirtschaftskammer und sonstige Freunde und Gönner

Aus Kunst und Leben.

* Zur „lex Heinze“. Von einem Buchhändler am Rhein wird dem „Berl. Tagbl.“ ein Schreiben überliefert, das ihm schon vor zwei Jahren von einem Kaplan zugeht und das sich auf ein Buch bezog, welches damals im Schaufenster der Buchhandlung ausgelegt war. Das Schreiben lautet: „Herrn T. . . . Wohlgeboren, hier selbst! Von kompetenter Seite wurde ich darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Schaufenster Ihrer Buchhandlung ein Buch mit obigem Titelbilde (weibliche Figur mit nachtem Oberkörper) ausgelegt sei. Ich wollte es nicht glauben, habe aber heute Nachmittag die Wahrheit dieser Mitteilung bestätigt gefunden. Im Interesse der Sittlichkeit erachte ich es für dringend geboten, den gleichen Bücher aus dem Schaufenster fernzuhalten. Ich würde mich freuen, wenn das p. Buch ohne Ihr Wissen in das Schaufenster gekommen wäre und in Zukunft ähnliche unliebsame Vorkommnisse vermieden würden. Hochachtungsvoll W. . . . Kaplan.“ S. 12. III. 1898. Und was war das für ein „obscönes Titelbild“? Es war eine Nachbildung von Franz Süss's bekanntem Gemälde „Die Sünde“, und dies Bild trug den Titel einer Komödie von A. v. Perfall, welche den gleichen Titel trägt. (Bei dieser Geschichte ist uns eine Anecdote aus dem „Simplicissimus“ ein: Als der Pfarer zum ersten Mal die Schule seines neuen Wirkungskreises besuchte, fällt ihm an der Wand das Brustbild der Landesherren auf, die im Hofstaat etwas stark besetzt erscheint. Sogleich wittert er Seelengefährten für die Jugend und wüthet dem Lehrer seine Bedenken. Dieser erklärt, nie etwas Aufstößiges empfunden oder bemerkt zu haben, worauf der Pfarer: „Ja, Herr Lehrer, unser durch Moralunterricht geschärfter Sinn findet das Heikle viel eher heraus.“

* Aussprüche zur lex Heinze. Nachstehend seien noch einige Aussprüche hervorragender Persönlichkeiten angeführt, die wir der Nummer 12 der „Jugend“ entnehmen. Kurz und bündig erklärt der gelehrte Rudolf Birchow: „Lex Heinze ist nur Symptom der bösen Krankheit Heuchelei.“ Max Klinger spricht das herbe Wort: „Die lex Heinze ist die Klage der Zwangs-Gelübdtäre an dem gesunden Menschen.“ Wilhelm Bode, der große Kunsthistoriker, verknüpft als seinen Wahlpruch gegenüber der Geschnitzerei, mit der man die Kunst knebeln will: „Lex mihi Ars!“ Mein Gesetz die Kunst! Mit bitterer Ironie apostrophirt der treffliche Leiter des „Kunst-

wort“, Ferdinand Avenarius, die Väter des reaktionären Ligengelezes: „Schon bedankt sich die Kunst bei Euch dafür, daß Ihr ihre Daseinsberechtigung von Fall zu Fall schmälert und Hofdamen entscheiden lassen wollt. Es giebt kein Verbrechen, und ob es Mord und Blutschande sei, dessen Schauer nicht erhabene Kunstwerke aus zwei Jahrtausenden in Bewittern der Seele über uns hindonnern ließen. Wenn aber Fräulein v. Strudelwitz findet, daß ein Greißchen im Kerker doch schämig zu hören sei, so soll fortan nicht Fräulein v. Strudelwitz aus dem Theater gehen, sondern Greißchen. Und wenn Herr Schumann Schule in seinem erfahrenen Herzen an Romeo und Julia Aergerniß nimmt, so haben Romeo und Julia abzutreten. Ja, im letzten Fall braucht's kaum noch des Gerichts, denn in Deutschland ist ja jede Polizeiform mit einer magischen Tinktur imprägnirt, die auch ihren mindest präparierten Träger sofort beim Ansehen von außen her mit einem vollkommenen Saupervandniß in Kunst- und Sittlichkeitsdingen durchdringt. Sagt Michelangelo oder Goethe: das ist anständig, und der Polizeier sagt: nein, so kann's also gar keinen Streit geben, wer Recht hat. — Wohl denn, mag's kommen, wie es will. Druck weckt Gegenruck. „Es lebe die Erziehung zur Kunst!“ — Ganz im Geiste seiner großen Rede, die bei der Münchener Protestversammlung so gewaltigen Eindruck machte, schreibt Professor Lipps u. A.: „Das Höchste, was der Mensch kennt, die Freiheit seiner stillen Ueberzeugung und ihrer Betätigung, wird angefaßt von der geistigen Beschränktheit und moralischen Brutalität. Und das Reinste wird in den Schmutz gezogen von den schmutzigen Händen prüder Cicerer; es soll unrein sein, weil es in ihren unreinen Augen allerdings in ein Unreines sich verwandelt. Und Beides soll überantwortet werden der willkürlichen Deutung der Urtheilsmüßigen und dem Gemeinsten, was es giebt, der niedrigen Weisheit eines im Finstern schleichenden Denunziantenthums. Der ist unheilbar blind, dem, bei solcher Anzeichen stiller Heuchelei, trotz aller äußeren Größe nicht dange wird um die Zukunft des deutschen Volkes. Es wäre übel um uns bestellt, wenn hier nicht lauter Protest erhoben würde von Denjenigen, denen Heiliges noch heilig, Reines noch rein ist.“

* Eine zeitgemäße Erinnerung. Der „Schwarzwälder Botz“ bringt einen Brief des Königs Wilhelm I. von Württemberg zum Abdruck, der gerade jetzt lehrreich und nützlich zu lesen ist. Es hatten sich die „Stillen im Lande“ durch den Prälaten Kapff

an den König gewandt und Bedenken gegen die Ausschmückung des Schloßgartens mit klassisch-nackten Figuren geäußert. Sie kamen indes an die unrichtige Adresse, wie aus der Antwort des Königs hervorgeht. In dieser heißt es nämlich am Schluß: „Der Zweck, den ich mir vornahm bei der Ausschmückung des Schloßgartens durch Bildsäulen, war, unsere Hauptstadt den anderen Hauptstädten Deutschlands, wo man der Kunst nachbildet, näher zu bringen. Dem Künstler überließ ich die Wahl der Bildsäulen. So lange nun unsere Jugend in allen unseren gelehrten Anstalten die griechische Litteratur zu ihrem Studium macht und ihre Kenntniß beinahe ihre Hauptbildung ausmacht, glaube ich wohl auch dem Volk den Anblick des plastisch-griechischen Kunstsinns gönnen zu können. So sehr ich auch gewohnt bin, die religiösen Ueberzeugungen, so wie sie auf wirkliche Wahrheit gegründet sind, zu ehren und umgürtet walten zu lassen, auch wenn ich sie nicht theile, so kann ich doch einzelnen religiösen Ansichten keinen entscheidenden Einfluß auf Anderdenkende einräumen; lassen wir also diejenigen, die der Kunst halbig, die Mitte des Schloßgartens betreten, da rechts und links bequeme Wege vorhanden sind, wo Ueberdenkende ungehindert ihren Betrachtungen nachgehen können. Mit Vertrauen und Wohlwollen bin ich, mein lieber Prälat. . . . Ihr ergebener Wilhelm.“

Dr. T. Die verschiedenen Arten der Influenza wurden im Anschluß an eine Schilderung der gegenwärtigen Epidemie in Paris von Huchard vor der Französischen Akademie der Medizin besprochen. Es scheint, als ob diese Krankheit, die jetzt zu einer richtigen Landplage geworden ist, noch immer neue Formen annimmt. In Paris waren die Influenza-Erkrankungen besonders durch das gänzliche Fehlen von Fieber ausgezeichnet, zeigten sich dagegen oft von verschiedenen Nervenschmerzen und gestiger und körperlicher Niedergelassenheit begleitet. In anderen Fällen kam Lungenentzündung vor, ganz ohne Fieber, sondern nur mit Blutandrang am Grunde der Lungen, oder außerdem eine schmerzhaftere Brustentzündung mit verminderter Athmungsfähigkeit. Der französische Arzt erklärt all diese Erscheinungen aus einer Erkrankung des pneumogastrischen Nerven. Die auf die Athmungsorgane wirkende Form der Krankheit wird gar nicht durch bestimmte Merkmale angezeigt und ist daher umso gefährlicher, weil die Kranken ihre gewöhnliche Arbeit weiter thun und sich so schweren Gefahren aussetzen. Zuweisen ist ein Steigen der Temperatur das einzige Symptom, das ohne auffallende

Reichshallen-Theater.

Vollständig neues Programm.

(16.-21. März).
 Helene Belcanto, Liedersängerin.
 Brothers Sarraz, Kraft-Gladiatoren.
 Erna Fleuron, Soubrette.
 The Wallenos, Rückwärts-Doppel-Jongleure.
 H. Willis, Handschatten-Silhouetten.
 Martin Frank, Humorist.
 Bierry's & Hobo, Musikal-Excentrics.
 Sonntag Nachm.: Ermässigte Preise.

Männer-Turnverein.

Samstag, 24. März,
 Abends 9 Uhr:



Jahres-
 Haupt-Verammlung.

Tagesordnung:

1. Erstattung der Jahresberichte;
2. Feststellung des Voranschlags für das nächste Geschäftsjahr 1900/01;
3. Wahl der Rechnungsprüfer;
4. Neuwahl des Vorstandes;
5. Neuwahl des Ehrengerichtes;
6. Wahl der Abgeordneten zum Kreisturntag;
7. Ernennung von Ehrenmitgliedern;
8. Bericht über den Feldberg-Turntag;
9. Verschiedenes.

F 410
 Der Vorstand.

Zur Confirmation

empfehle mein gut assortirtes Lager in goldenen und silbernen

Herren- u. Damen-Uhren

unter Garantie zu den billigsten Preisen. 3683

C. Burk Nachf., R. Schellenberg,
 Friedrichstrasse 2.

Für Confirmanden!
 Empfehle meine selbstverfertigten Handschuhe von gutem dauerhaften Leder und tadellosem Sitz. Ausprobieren gestattet. Ferner Confirmandenhüte, neueste Façon, in größter Auswahl von 2-4 Mk., sowie Cravatten, Kragen u. Manschetten, Hosenträger etc. zu außergewöhnlich billigen Preisen. 3120

Fritz Strensch,

Kirchgasse 33, gegenüber dem Storchneß.
 NB. Handschuhe werden schön gewaschen und gefärbt.

Künstl. Blumen und Blattpflanzen,
 naturgetreu, Herbstlaubzweige, Silberblüthen, Weintrauben, stets Neuheiten in einzelnen Blumen für Hüte u. Basen empfiehlt
 H. V. Santen, Friedrichstraße 31, Part.

Haararbeiten,

3530
 Perrücken, Scheitel, Zöpfe, einzelne Theile etc. aus prima Haaren werden unter Garantie u. vorzüglicher Arbeit zu billigen Preisen angefertigt. Besonders empfehle für ältere Damen Arbeiten aus naturgrauen und weißen Haaren; dieselben behalten im Tragen ihre schöne natürliche Farbe, ohne trüb noch grünlich zu werden.

C. Brodtmann, Friseur aus Wien,
 3. Schillerplatz 3, 1. Etage, neben Hotel Goppel.

und
 In
 grösster
 Auswahl zu den
 billigsten Preisen
 liefert

Tapeten

Julius
 Bernstein,
 Marktstrasse
 6.

und
 Diaphanien
 und
 Teppiche
 und
 Wachstuche

3623

Für 50 Pf. eine gute Brille

oder Zwicker, feine Sorten nur 1 Mk. u. 1.50 Mk. Alle Nummern, für jedes Auge passend, sind wieder eingetroffen. Aussehen und Probiren kostet nichts. Umtausch bereitwilligst. 2078

Wiesbaden. Kaufhaus Führer, 48. Kirchgasse 48. Telephon 309.

Allgemeiner Vorschuss- u. Sparkassen-Verein zu Wiesbaden.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Die diesjährige

ordentliche General-Verammlung

findet am 21. d. M., Abends 8 Uhr, im oberen Saale des „Deutschen Hofes“, Goldgasse 2a, statt, wozu wir unsere geehrten Mitglieder hiermit einladen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1899.
2. Erstattung des Berichtes über die in 1899 vollzogene Revision der Einrichtungen und Geschäftsführung des Vereins durch den stellvertretenden Verbandsrevisor.
3. Entlastung des Vorstandes für die 1899er Rechnung.
4. Beschlussfassung über die Vertheilung des Reingewinnes und Festsetzung der Dividende für 1899.
5. Bewilligung des für den ausgeschiedenen Herrn Director **Seher** festgesetzten Ruhegehaltes auf Lebenszeit.
6. Neuwahl von vier Aufsichtsrathmitgliedern an Stelle der statutengemäß ausscheidenden Herren: Schreinermeister **Carl Blumer**, Kaufmann **Wilhelm Reitz**, Redacteur **Carl Rötherdt** und Architekt **Albert Wolff**.

Die Jahresrechnung pro 1899 liegt von heute ab acht Tage auf dem Bureau, Kirchgasse 46, 1, unsern Mitgliedern zur Einsicht offen. F 359

Wiesbaden, den 16. März 1900.

Allgemeiner Vorschuss- und Sparkassen-Verein zu Wiesbaden.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

H. Meis. A. Schönfeld. C. Michel.

Reform-Kleidung

für Damen,
 vielfach ärztlich empfohlen,
 in Panama, Loden, Tuch, Cheviot, Seide, Flanell etc.,
 mit und ohne weisse Einknopfbekleider.
 Patentirte elegante Schnitte.
 Anfertigung nach Maass in kürzester Zeit.
Franz Schirg,
 Webergasse 1 (Nassauer Hof).

Nur noch 2 Wochen

dauert der Ausverkauf meines Strumpfwaren-Lagers,

bestehend in

Unterhosen, Strümpfen, Jacken u. s. w.,

und gebe dieselben zur **Hälfte des Fabrikpreises** ab.

Langgasse 31. C. A. Feix, Langgasse 31.

500 Paar Kinderstrümpfe zu 20, 30, 40, 50, 60, 70, 80 Pf.

3007

Nur recht mit nebenstehender Etiquette und der Schutzmarke „das Pferd“.

J. Rapp's hellrother



(gesetzlich geschützt),

ächter Traubenwein, von Herrn Professor Dr. Fresenius auf Reinheit untersucht und ärztlich vielfach empfohlen. 2137

J. Rapp, H. S. Hoflieferant,

Weinbau und Weingrosshandlung,

Moritzstrasse 31 und Neugasse 18/20.

(Nicht mehr Goldgasse.)

Weisser Puz-Extract
 mit der Glocke
 von Rud. Stareke, Melle in Hannover
 ist der Beste.

F 67

Weinhandlung Franz Hunger,

Frankenstrasse 15 — Telephon 104,

empfiehlt

Rhein-, Mosel-, Bordeaux- und Süd-Weine

in Flaschen und Fässern zu jeder Preislage.

1369